Verordnung
zur aufgrund der Corona-Pandemie erforderlichen Ergänzung bzw. Durchführung
des Gesetzes über die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens im Bistum
Trier (KVVG), der Ordnung für die Wahl der Verwaltungsräte der Kirchengemeinden
im Bistum Trier (WahlOVR), der Ordnung für die Kirchengemeinderäte im Bistum
Trier (KGRO) und der Ordnung für die gemäß Strukturplan 2020 gebildeten Kirchen-
gemeindeverbände im Bistum Trier (KGVO)

Präambel
Die Corona-Pandemie hat Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Gremien in den
Kirchengemeinden des Bistums Trier. Um die Verwaltungsräte und Kirchengemeinde-
räte der Kirchengemeinden und die Verbandsvertretungen der Kirchengemeindever-
bände als deren Vermögensverwaltungsorgane für die Dauer der Corona-Pandemie
handlungsfähig zu erhalten und noch erforderliche Wahlen zu Verwaltungsräten zu
ermöglichen, ergeht folgende Verordnung.

§ 1
(1) Für die Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrates erfolgen für einzelne Kirchen-
gemeinden, abweichend von der allgemeinen Festsetzung des Wahlzeitraums, im
Wege einer Ausnahmeentscheidung gesonderte Festsetzungen eines Wahlzeitraums.
Eine zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung noch ausstehende Wahl von
Mitgliedern des Verwaltungsrates kann bis zu vier Wochen nach Inkrafttreten dieser
Verordnung ausschließlich per Briefwahl nach Maßgabe der nachstehenden Bestim-
mungen durchgeführt werden; das gilt auch dann, wenn der im Einzelfall festgesetzte
Wahlzeitraum abgelaufen ist.

(2) Den Wahlausschuss bilden zwei Mitglieder des Pfarrgemeinderates, die von der
oder dem Vorsitzenden berufen werden. Im Einvernehmen mit der oder dem stellver-
tretenden Vorsitzenden kann auch die oder der Vorsitzende Mitglied des Wahlaus-
schusses sein. Angehörige von Risikogruppen hinsichtlich der Corona-Infektionen sind
den von der Mitarbeit im Wahlausschuss entbunden. An ihre Stelle tritt eine Ersatzperson,
die nach Möglichkeit dem Pfarrgemeinderat angehört.

(3) Der Wahlausschuss erstellt unverzüglich die Kandidatenliste und fertigt für jedes
wahlberechtigte Mitglied des Pfarrgemeinderates an: Stimmzettel, Stimmzettelum-
schläge, personalisierte Briefwahlbescheinigungen, die durch Beidruckung des Pfarrsiegs
gültig werden, sowie Wahlbriefumschläge zur Rücksendung mit Namen und Anschrift
des wahlberechtigten Mitgliedes. Das Bischöfliche Generalvikariat (Zentralbereich 1.5)
stellt den Wahlausschüssen ein Muster eines Briefwahlbescheins zur Verfügung.

(4) Bei der Erstellung der Kandidatenliste sollen die Mitglieder des Pfarrgemeinderates
mitwirken; §§ 3 und 4 WahlOVR gelten weiterhin.
(5) Jede bzw. jeder Wahlberechtigte darf nur einen Stimmzettel abgeben. Sie bzw. er kreuzt auf dem Stimmzettel höchstens so viele Namen an, wie Mitglieder in den Verwaltungsrat zu wählen sind.


(7) Der Wahlvorstand beschließt über die Gültigkeit der Stimmzettel.

(8) Das Ergebnis der Wahl wird den gewählten Mitgliedern unverzüglich mitgeteilt; § 10 Abs. 2 und 3 WahlOVR gilt weiterhin.

§ 2

(1) Solange diese Verordnung gilt, tritt an die ansonsten im Rahmen von Sitzungen (Anwesenheit der Mitglieder an einem Ort, § 12 Abs. 1 S. 1 bis 3 KVVG) erfolgende Beratung und Beschlussfassung des Verwaltungsrates das nachstehende Verfahren, wobei alle Schritte kumulativ zu erfolgen haben:

1. Die oder der (stellvertretende) Vorsitzende stellt den Beschlussbedarf fest.
2. Die oder der (stellvertretende) Vorsitzende stellt die entscheidungsrelevanten Unterlagen für einen Versand zusammen und fertigt einen Beschlussantrag.
3. Die oder der (stellvertretende) Vorsitzende versendet den Beschlussantrag nebst Unterlagen. Dabei setzt er eine kurze Frist zur Mitteilung, ob eine Aussprache erforderlich ist, sowie eine angemessene Frist für die Rückläufe.
4. Sofern eine Aussprache nötig ist,legt die oder der (stellvertretende) Vorsitzende einen Termin für eine Telefonkonferenz fest; wenn die technischen Voraussetzungen für eine Telefonkonferenz nicht bei allen Mitgliedern gegeben sind, werden die Mitglieder, die aus diesem Grunde nicht teilnehmen können, durch Telefonat mit der oder dem (stellvertretenden) Vorsitzenden in die Beratung einbezogen.
5. Die oder der (stellvertretende) Vorsitzende sichtet die Rückläufe, stellt die Beschlussfassung fest und setzt den Beschluss um.
6. Die oder der (stellvertretende) Vorsitzende sammelt die Korrespondenz zur Dokumentation.

(2) Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren (§ 12 Abs. 1 S. 4 KVVG) ist weiterhin möglich.

(3) Die von § 12 Abs. 1 S. 5 KVVG vorgesehene Aufnahme in die Niederschrift über die nächste Verwaltungsratssitzung ist in den Fällen des Abs. 1 und im Umlaufverfahren entbehrlich.
(4) Für die Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

§ 3

Für die Beschlussfassung sowie die Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden der Kirchengemeinderäte und der Verbandsvertretungen gilt § 2 entsprechend.

§ 4


Trier, 02.04.2020

Dr. Stephan Ackermann
Bischof von Trier